

Stellungnahme

zum Dialogpapier der SPD-Bundestagsfraktion „Neue Erfolge für den Mittelstand – Innovationsförderung für kleine und mittlere Unternehmen“

14. Januar 2015

1. Wird die Problemanalyse geteilt?

Die Einschätzung hinsichtlich des Innovationsstands des deutschen Mittelstands wird geteilt. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen haben oftmals nur geringe Ressourcen, Innovationen in ihrem Betrieb voranzubringen. Mittelständische Kooperationen können daher helfen, Ressourcen zu bündeln und Erfahrungen auszutauschen. Der dadurch entstehende Skalierungseffekt ermöglicht es den einzelnen mittelständischen Unternehmen, mit wenig unternehmenseigenen Aufwand direkt von Entwicklungen innerhalb der eigenen Kooperation zu profitieren.

Die Förderung von Innovationen auf staatlicher Seite darf dabei jedoch nicht ausschließlich auf Start-Ups konzentriert werden. Sicherlich bedarf dieser Teil der Wirtschaft einer Zuwendung durch staatliche Förderprogramme. Um die vielfach beschriebene Rückgrat-Funktion des deutschen Mittelstandes weiterhin erhalten zu können, sollten KMU, die bereits auf dem Markt auftreten, gleichermaßen gefördert werden.

2. Ist eine auf Forschung und Entwicklung fokussierte Betrachtung des Innovationsverhaltens von KMU den spezifischen Stärken dieser Unternehmensgruppe angemessen?

Die große Mehrheit der vom MITTELSTANDSVERBUND vertretenen kleinen und mittleren Unternehmen ist in Handwerks- und in Dienstleistungsbranchen tätig, d.h. in Handel, freien Berufen und weiteren Dienstleistungen. Nur ein kleinerer Teil dieser mittelständischen Kooperationen beschäftigt sich mit (industrieller) Produktion. Auch über den Kreis unserer Mitglieder hinaus sind KMU seltener im industriellen Bereich tätig, weit häufiger dagegen im Handwerk und in Dienstleistungsbranchen. Dieser strukturelle Unterschied hat Auswirkungen auf die Klassifizierung ihrer Innovationstätigkeit.

Die über lange Jahre in Politik und Wissenschaft eingeübte Sicht auf unternehmensseitige Innovation ist jedoch maßgeblich durch den produzierenden Sektor geprägt und damit fokussiert auf ein Produkt bzw. den zugehörigen Produktionsprozess. Diese Sichtweise geht an den Besonderheiten des Dienstleistungsbereichs vorbei, hier greifen die traditionellen Indikatoren für die Aktivitäten in Forschung und Entwicklung nicht. Während in industriellen Zusammenhängen Ausgaben mit relativ hohen Anteilen materieller Investitionen (Labors, Forschungspersonal, Materialverbrauch etc.) die

Forschungsaktivitäten gut widerspiegeln, greift dies bei immaterieller Basis nicht. Deshalb fallen im Dienstleistungsbereich die erfassten Ausgaben für Forschung und Entwicklung deutlich hinter die der Industrie zurück.

Rückschlüsse auf mangelnde Forschungs- und Entwicklungstätigkeit im Dienstleistungsbereich oder gar auf geringe Innovationskraft können hieraus aber nicht gezogen werden, denn auch diese Unternehmen investieren massiv in die Entwicklung neuer Dienstleistungen investieren und reagieren auf Marktveränderungen. So gehen beispielsweise die KMU in ihren jeweiligen Branchen die Herausforderungen der Digitalisierung, sie bauen ihre Geschäftsmodelle um und entwickeln neue. Diese Innovationstätigkeit erfordert den Einsatz von Ressourcen im Geschäftsbetrieb, ist aber nur in den seltensten Fällen als spezifisches Projekt definiert. Damit fließt nur ein geringer Teil dieser Mittel in die Art von konventioneller Forschung und Entwicklung, die von offiziellen Statistiken erfasst wird.

Insofern ist die auf Forschung und Entwicklung fokussierte Betrachtung des Innovationsverhaltens von KMU dieser Unternehmensgruppe nicht angemessen. Es muss ein deutlich weiterer Innovationsbegriff in den Blick genommen werden.

3. Gibt es weitere Aspekte, die Auswirkungen auf das Innovationsverhalten von KMU haben?

N/A

4. Wird die oben beschriebene Analyse zur Transferinfrastruktur geteilt?

Die Ergebnisse der Analyse werden mit Einschränkungen geteilt; Der Staat sollte zentralisiert in einfacher und verständlicher Form Informationen zu den unterschiedlichen Fördermaßnahmen bereitstellen. Gerade die Aktivitäten auf EU-Ebene und die daraus folgenden Förderprogramme sind für den kooperierenden Mittelstand oftmals schwer zugänglich.

Fraglich scheint hingegen, inwieweit der Staat in der Lage ist, eigene individuelle Beratungsangebote bereit zu stellen. Sicherlich beibehalten werden, sollte in diesem Zusammenhang der enge Dialog mit den Wirtschaftsakteuren. Darüber hinaus erscheint es hingegen fraglich, eine staatliche Konkurrenz gegenüber privatwirtschaftlichen Informationsstellen aufbauen zu wollen. Diese haben sich durch jahrelange Arbeit auf dem Markt bewährt und verfügen über das notwendige Know-How, die entsprechende personelle Planung sowie die notwendigen Kontakte zu den Förderungs-Intermediären. Der Aufbau einer parallelen staatlichen Stelle erscheint mit Blick auf die gegebene Marktlage daher wenig erfolgsversprechend und nicht erforderlich.

5. Wo sind die Stärken und Schwächen der bestehenden Transferinfrastruktur?

N/A

6. Bedarf es einer zentralen Stelle (beim Bund/bei den Ländern), um die erforderlichen Kompetenzen gebündelt zur Verfügung stellen zu können?

Die Bündelung von Informationen erscheint mit Blick auf die oftmals für Unternehmer undurchsichtige Förderungslage auf EU-Ebene angemessen.

7. In welchem Umfang sollte die Transferstelle auch für die Patentierung und Lizenzierung von Innovationen zuständig sein?

N/A

8. Wem sollten Erträge aus Lizenzierungen von so gewonnenen Erkenntnissen zufließen?

N/A

9. Sollten technologieoffene oder technologiespezifische Förderprogramme stärker ausgebaut werden?

N/A

10. Was verursacht für KMU bei der Antragstellung und Administration von FuE-Projekten unnötigen bürokratischen Aufwand?

N/A

11. Gibt es thematische und strukturelle Förderlücken?

Innovationsprozesse in KMU sind weit mehr als klassische, auf das Produkt- oder den Produktionsprozess bezogene Forschung und Entwicklung. Diese sind aber der klassische Schwerpunkt öffentlicher Förderung. Andere Innovationsprozesse, z.B. die Entwicklung neuer Dienstleistungen oder Veränderung von Geschäftsmodellen werden bislang nur selten gefördert. Der nichtindustrielle Mittelstand und seine Innovationstätigkeit sind damit ein ausgesprochen großer Bereich, der kaum von öffentlicher Förderung profitiert.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Förderung in Form von Zuschüssen, Darlehen oder durch Nutzung von Kapazitäten universitärer bzw. außeruniversitärer Forschungseinrichtungen einen hohen Planungs- und Abstimmungsbedarf auslöst. Dieser

Aufwand wiegt umso schwerer, je kleiner ein Unternehmen ist. Die Hürde für die Inanspruchnahme öffentlicher Förderung und erfolgreiche Durchführung der anvisierten Innovation liegt damit gerade für kleinere Unternehmen recht hoch. Hier ist ein einfaches und berechenbares Instrumentarium, z.B. in Form steuerlicher Förderung wünschenswert.

12. Sollte sich Deutschland vom Drei-Prozent-Ziel verabschieden und ein stärker ambitioniertes Ziel verfolgen? Welches Ziel sollte für 2020 angestrebt werden?

N/A

13. Wäre eine steuerliche FuE-Förderung geeignet, die Innovationsfähigkeit von KMU zu steigern und würde ein solcher Steuerrabatt zu mehr Innovationen führen? Sind KMU in der Lage, steuerliche FuE-Förderung in Anspruch zu nehmen (also zu berechnen) oder wäre ein Ausbau von speziell auf KMU zugeschnitten Programmen (wie ZIM) sinnvoller?

Die steuerliche Förderung von Innovationen in Unternehmen könnte durchaus funktionieren. So hat Österreich bereits im Jahr 2000 umfangreiche steuerliche Förderung für Projekte im Bereich Forschung und Entwicklung eingeführt. Damit konnte ein deutlicher Anstieg der Innovationstätigkeit von Unternehmen erreicht werden (1,2 % VOM BIP im Jahr 2000 auf 2 % im Jahr 2013).

Unternehmen benötigen Rechts- und Planungssicherheit für künftige Investitionen in Innovationsprozesse. Dies gilt vor allem für den Bereich steuerrechtlicher Fragestellungen. Angesichts der zunehmenden Komplexität des Steuerrechts und eines eventuellen neuen Themenfeldes „steuerliche Innovationsförderung“ sind sie dabei auch auf verbindliche Auskünfte der Finanzverwaltung angewiesen. Die Rechtslage in Deutschland ist unbefriedigend, weil die Auskunftserteilung im Ermessen der Behörde liegt, d.h. kein Rechtsanspruch existiert. Dieses grundsätzliche Problem muss gelöst werden, wenn eine steuerliche Förderung von unternehmensbezogener Innovation ein Erfolg werden soll.

14. Braucht es Unterstützungsprogramme für die Qualifizierung von Mitarbeitern? Wenn ja, welcher Art?

Die bestehenden Programme zur Förderung beruflicher Qualifizierung sollten weiter ausgebaut werden. Die Freistellung eines Mitarbeiters für Qualifizierungsprogramme ist zumeist eine doppelte Kostenlast für den Unternehmer: Zum einem fehlt eine zu kompensierende Arbeitsleistung und zum anderen müssen die Kosten der Qualifizierung als solche getragen werden. KMU trifft diese Kostenlast besonders. Die bereits existierenden Programme staatlicher Förderung sollten daher beibehalten werden.

Auch hier stellt sich zudem die Frage nach einer weiteren Verbesserung des Informationsangebots. Hierbei besteht Verbesserungspotential hinsichtlich der Aufbereitung aber auch der Bündelung bzw. Zentralisierung von Informationen. Auch hier

besteht momentan noch ein asymmetrisches Verhältnis hinsichtlich des Informationsstands von KMU und größeren Marktteilnehmern.

15. Brauchen wir eine (Weiterbildungs-)Akademie für Fachkräfte aus dem Mittelstand?

Im Bereich des kooperierenden Mittelstands ist es gelungen, die Akademie der Verbundgruppen aufzubauen. Verbundgruppeneigene Akademien gewährleisten darüber hinaus eine praxisnahe und umfassende Aus- und Weiterbildung von Verbundgruppenpersonal.

Auch daneben bieten zahlreiche Akteure ein umfassendes und praxisnahes Spektrum an Möglichkeiten zur Aus- und Weiterbildung an. Der Aufbau paralleler staatlicher Strukturen würde diesen positiven (und selbst auch auf Innovation basierenden) Ansatz konterkarieren. Er ist daher abzulehnen.

16. Können engere Kooperationen zwischen KMU und gemeinnützigen Forschungseinrichtungen erreicht werden, indem ein verstärkter Personalaustausch zwischen diesen Forschungseinrichtungen und KMU stattfindet?

Ein solcher Ansatz erscheint sinnvoll, kann jedoch immer nur von den betroffenen Parteien selber ausgehen. Möglich erscheint die Schaffung weiterer Dialogmöglichkeiten zwischen Wirtschaft und Forschung.

17. Wie sollte ein transparentes Fördersystem strukturiert sein?

Mittelständische Kooperationen brauchen vor allem längerfristig angelegte Systeme der Förderung. Die Erfahrungen im Umgang mit Förderprojekten haben gezeigt, dass dabei ein Zeitraum von zwei Jahren in keinem Fall ausreichend ist, um entsprechende Fördermittel abzurufen. Der kooperierende Mittelstand ist von einer Vielzahl unterschiedlicher Unternehmenskonzepte gekennzeichnet. Aus diesem Grund kann bei der Erstellung einer Bewerbung niemals ein einheitliches Schema angewendet werden. Zudem brauchen Entscheidungen zur Investition in Forschung und Innovation vor allem im kooperierenden Mittelstand Zeit.

Wichtig ist daher, die Projektzeiten zu verlängern, damit diese von KMU zur Kenntnis genommen und umgesetzt werden können.

18. Ist die Förderung „kundengerecht“? Welche Merkmale sollten Förderprogramme besitzen, damit sie hinreichend niedrigschwellig wirken?

N/A

19. Ist die Förderberatung des Bundes bei der Information von Förderinteressenten ein geeigneter Ansprechpartner?

N/A

20. Wie kann der Kreis der Fördermittelempfänger offener gestaltet werden?

Der Kreis der Begünstigten kann offener gestaltet werden, indem die Förderung nicht allein auf Forschung und Entwicklung fokussiert wird, sondern einen inhaltlich weiter gehendes Ziel von unternehmensbezogener Innovation ins Auge fasst (siehe Frage 2). Zudem darf der gerade von KMU zu betreibende Aufwand zur Beantragung, Abstimmung und Administration keine abschreckende Wirkung haben.

22. Sollte es einen Ausschluss von Antragstellern geben, die sehr oft in den Genuss von Förderungen kommen? Wenn ja: Wie könnten die Kriterien dafür aussehen?

N/A

22. Wie kann verhindert werden, dass das Ziel der Erlangung von Fördermitteln die Ausrichtung der Geschäftstätigkeit maßgeblich beeinflusst (Förderkarrieren)?

N/A

23. Sollten Unternehmen oder Einzelpersonen aus der Kreativ- und Kulturwirtschaft stärker in den Förderprozess eingebunden werden?

N/A

24. Sind problemgetriebene Innovations-Wettbewerbe ein zielführendes Mittel?

Ein stärkerer Fokus auf bestehende Probleme kann nur ein Mittel von vielen sein. Projekte sollten daher weiterhin offen gestaltet sein, um echte Innovation zu gewährleisten.

25. Kann eine Ausweitung von mittelstandsbezogenen Programmen auf große Mittelständler die Kooperationen mit KMU im Rahmen der Verbundförderung unterstützen?

Die Unterscheidung zwischen kleinen und großen KMU erscheint nicht angebracht. Vielmehr sollte eine Förderung von KMU als solche erfolgen.

26. Sollte der Förderanteil zugunsten der KMU in der Verbundförderung erhöht werden?

Ja.

27. Kann der Verzicht auf interne FuE für KMU sinnvoll sein?

N/A

28. Soll die externe Vergabe von FuE durch KMU gefördert werden?

N/A

29. Verläuft die Auswahl von Innovationsprojekten durch die Zuwendungsgeber hinreichend nachvollziehbar?

N/A

30. Gibt es Determinanten in Innovationsprozessen, die stärker gefördert werden sollten?

N/A

31. Sollten Förderprogramme im Rahmen von Verbundprojekten Mindestquoten für KMU vorsehen?

N/A

32. Sollten Industrieforschungseinrichtungen eine stärker unterstützende Rolle für KMU einnehmen?

Ja.

33. Welches sind die hauptsächlichen Hindernisse für KMU bei der Zusammenarbeit mit Hochschulen?

N/A

34. Welches sind die hauptsächlichen Hindernisse für Hochschulen bei der Zusammenarbeit mit KMU?

N/A

35. Gibt es Unterschiede in der Zusammenarbeit von KMU mit Fachhochschulen und Universitäten?

N/A

36. Wie kann aufsuchender, überregionaler Technologietransfer durch Bundesförderung unterstützt werden und wo sollte sie verankert werden?

N/A

37. Welche Rahmenbedingungen müssen an Hochschulen angepasst werden, um Forschungsk Kooperationen mit KMU leichter zu ermöglichen?

N/A

38. Wie können engere Kooperationen zwischen Hochschulen und KMU ermöglicht werden? Ist es zielführend Doktoranden/Habilitanden von Hochschulen an Unternehmen für ein „Praxisfreisemester“ auszuleihen?

N/A

39. Steht der finanzielle und bürokratische Einsatz, den der Patentschutz in Deutschland fordert, in einem angemessenen Verhältnis zum Nutzen?

N/A

40. Ist der Patentschutz (Rechtslage und behördliche/gerichtliche Praxis) in Deutschland ausreichend, um Innovationen vor unberechtigter Nutzung durch Dritte zu schützen?

N/A

41. Ist allgemein der Schutz des geistigen Eigentums in Deutschland innovationsfreundlich genug ausgestaltet?

N/A

42. Welches sind die hauptsächlichen Hindernisse für KMU bei der Zusammenarbeit mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen?

N/A

43. Welches sind die hauptsächlichen Hindernisse für außeruniversitäre Forschungseinrichtungen bei der Zusammenarbeit mit KMU?

N/A

44. Wie kann Kooperation auf Augenhöhe genau aussehen?

N/A

45. Wäre die Einrichtung eines thematisch offenen Think-Tanks zur Identifizierung zukunftssträchtiger, innovativer und förderungsfähiger Erfindungen denkbar?

N/A

46. Brauchen wir mehr Validierungsförderung in Deutschland?

N/A